

Artikel vom 12.02.2018

Einsicht kann auch Stärke sein.

Bürgerentscheid zur Kartause kommt

Gemeinderatsitzung zum Bürgerbegehren

Wieder ein interessanter Abend im Sitzungssaal der Gemeinde Estenfeld.

Als TOP 2 stand auf der Agenda das Bürgerbegehren. Die Zuhörer durften gespannt sein, welche neuen Argumente bezüglich der Verlagerung des Rathauses in die Kartause vorgebracht würden.

Leider blieb es bei den schon früher angeführten und hinlänglich bekannten Argumenten!!

Manchmal aber konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass SPD und UWG nicht so ganz glücklich über Ihrem übereilten Antrag waren.

Aber wie soll man aus der Nummer rauskommen? Schwäche zeigen? Nie und nimmer!

Schließlich musste über den Antrag zum Bürgerbegehren abgestimmt werden. Die Erleichterung war auf allen Gesichtern der Zuschauer zu sehen, als der Antrag auf Zulassung durch den Gemeinderat angenommen wurde.

Von Seiten der SPD und UWG wurde zum wiederholten Mal darauf hinzuweisen, dass die Fragestellung in den Unterschriftsbögen nicht eindeutig und auch einseitig formuliert sei.

Alle Anwesenden hatten nun gedacht, dass dieses Bürgerbegehren hiermit seinen verwaltungstechnischen Lauf nehmen kann doch weit gefehlt.

Es wurde das berühmte Kaninchen aus dem Hut gezaubert. Der Vertreter der UWG stellte nunmehr den Antrag ein Ratsbegehren durchzuführen. In der nächsten Sitzung des Gemeinderates soll dann über das Ratsbegehren abgestimmt werden. Wie das wohl ausgeht?

In diesem Ratsbegehren soll der Bürger befragt werden, ob in die Kartause die Verwaltung einziehen soll. Die SPD und UWG Fraktion vermeidet hiermit das Wort Rathaus und ersetzt es durch Verwaltung, mit dem Wort Rathaus in Klammern. Mit dieser Wortwahl soll die Bevölkerung bei dem Ratsbegehren über den eigentlichen Willen der Antragsteller im Ungewissen gelassen werden.

Fakt für die SPD und UWG ist, das Rathaus muss in die Kartause, koste es was es wolle.

Fazit: Meiner Meinung nach wäre es gut gewesen, SPD und UWG Fraktion hätte ihren Antrag (Neubau Rathaus in der Kartause) zurück genommen und allen Beteiligten die Chance gegeben, erneut über diese Thematik zu diskutieren.

Wir brauchen kein neues Rathaus was eventuell nicht genutzt wird.

Die Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Prosselsheim und Eisenheim müssen in einer gemeinsamen Sitzung über einen Umzug in einen Neubau beschließen, und nicht der Gemeinderat der Gemeinde Estenfeld.

Einsicht kann auch Stärke sein.